



Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)
Association Suisse de Politique Sociale (ASPS)
Associazione Svizzera per la Politica Sociale (ASPS)

80 Jahre Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)
Jubiläumsveranstaltung vom 28. August 2006
Kornhausforum Bern

Dr. Erwin Carigiet

Präsident Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)

Die neue soziale Frage

Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts hat zur Schaffung der Sozialversicherungen und im 20. Jahrhundert zum Sozialstaat geführt. Wirtschaftliches Wachstum und der Sozialstaat haben in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in der Schweiz zu einer *Ausbreitung des Wohlstandes* und *zur Lösung von wesentlichen Fragen der materiellen Existenz* beigetragen. Nie zuvor in der Geschichte konnten alle Schichten der Gesellschaft von einem derart hohen materiellen Lebensniveau profitieren.

Die alte Regel des Wohlfahrtsstaates, wonach es allen immer besser geht, gilt nun aber seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr. Der Sozialstaat konnte und kann seither nicht mehr verhindern, dass

- der Abstand zwischen Reich und Arm „unaufhaltsam“ wächst,
- ein wachsender Anteil der Bevölkerung ständig von Armut bedroht ist (Frage der Prekarität) und
- der Mittelstand sich neu zusehends der Vorhersehbarkeit und Sicherheit seiner materiellen Existenz beraubt sieht

Die soziale Frage stellt sich neu. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts stellt sich trotz eines gut ausgebauten Sozialstaates. Der Sozialstaat der Gegenwart basiert auf der Erwerbsarbeit. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Erwachsene den Unterhalt für sich und seine Familie mit Arbeit verdienen kann. Die Sozialversicherungen werden weitgehend aus Lohnprozenten gespeist. Die soziale Sicherheit ist somit untrennbar mit Erwerbsarbeit verbunden. Wer keine Erwerbsarbeit und damit keinen Lohn hat, kann auch die individuellen Konten seiner Sozialversicherungen nicht mehr genügend speisen.

Der Verweis auf Arbeit setzt Arbeit voraus. Die Zunahme von Personen ohne oder mit ungenügender Erwerbsarbeit, die die Gegenwart prägt, stellt den Sozialstaat nun in Frage. Die *Fähigkeit zur Existenzsicherung* und die *Vorsorgefähigkeit, also die Fähigkeit, für gewisse in der Zukunft liegende Risiken selber vorzusorgen*, sind insbesondere für Menschen mit niedrigen oder ohne Einkommen heutzutage kaum mehr gegeben. Für diese Menschen ist es schwierig, ihre Eigenverantwortung mit Erfolg wahrzunehmen.

Trotzdem – oder gerade erst recht – werden die *Werte der Arbeitsgesellschaft* jetzt, wo Erwerbsarbeit zu einem knappen und damit hart umkämpften Gut wird, deutlicher als auch schon betont. Arbeit zu haben ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Arbeit entwickelt sich für viele von einer Last und Mühsal zu einem Privileg.

Die Auswirkungen des *wirtschaftlichen Wachstums* stellen sich gleichzeitig auf eine neue Weise dar. Die Produktivität hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen wie noch selten in der Geschichte. Zwei Aspekte können beobachtet werden:

- Wachstum ist nicht mehr zwangsläufig mit einer Zunahme der Arbeitsplätze verbunden. Im Gegenteil: oft findet ein Wachstum ohne Zunahme oder sogar verbunden mit einem Abbau von Arbeitsplätzen statt.
- Produktivitätssteigerungen bewirken nicht mehr quasi automatisch eine Zunahme der Lohnsumme.¹

¹ Beispiel: Die amerikanische Wirtschaft wuchs seit 2001 im Durchschnitt jährlich um 3%. Gleichzeitig nahm die Produktivität um 11,6% überproportional zu. Bemerkenswert ist, dass dies keinen Druck für höhere Löhne zur Folge hatte und dass die

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten haben sich also stark verändert und dieser Prozess geht trotz aktueller Hochkonjunktur weiter. Er bewirkt im Resultat schleichend eine Zweiteilung der Gesellschaft. Die Wahrnehmung und die Bewältigung dieser Veränderungen erfolgt nur verzögert.

Die *Frage der Wohlstandsverteilung*, also die Frage, wie die Früchte des wirtschaftlichen Erfolgs verteilt werden, wird in den letzten Jahren zunehmend mit dem Verweis auf die „Logik des Marktes“ in den Hintergrund gedrängt und der Vorgang des Umverteilens in der aktuellen öffentlichen Debatte oft einseitig als „Wegnehmen“ dargestellt. Die Begriffe „Verteilung/Umverteilung“ sind zu eigentlich tabuisierten Unwörtern geworden. Wer sie verwendet, wird, da angeblich des ökonomischen Sachverstandes entbehrend, nicht mehr ernst genommen. Es ist eine Ökonomisierung des Denkens zu beobachten.

Die klassische Frage des Sozialstaats:

- *Wer bekommt was, wie und warum – und auf welche Weise wird es finanziert?*

wird zunehmend

- im Lichte von Leistung und Vorleistung oder
- in der Polarisierung, z.B. von Invaliden und Scheininvaliden oder von „echten“ und „unechten“ Armen

diskutiert.

Die in diesem Zusammenhang oft zitierte Leistung hat jedenfalls nicht allein mit Verdienst, sondern oft ebenso mit *Macht* zu tun. Verdrängt die Ökonomisierung des Denkens die Frage der Macht? Macht wird als Möglichkeit verstanden, sich Einfluss und Mittel zu verschaffen und zu behalten: In der Gesellschaft. Im Arbeitsmarkt. Leistungsfähigkeit im ökonomischen Sinne als einzigen Maßstab für die Verteilung der

Lohneinkommen sich in der ganzen Periode sogar um 6,2% verschlechterten. Bis jetzt galt die Theorie, wonach verbesserte Produktivität immer auch höhere Einkommen bewirkte (NZZ 25./26.02.2006: 23 und 30 „Reflexe: Rätselhaftes Auseinanderdriften

gesellschaftlichen Ressourcen hinzuzuziehen, überzeugt nicht. Macht findet ihr Gegenstück in der Ohnmacht: Was an Ohnmacht und Demütigung verursachen wir z.B. bei jenen, die der Arbeitsmarkt „nicht will“? Bei den Jungen, den Menschen aus anderen Kulturkreisen und den älteren Arbeitnehmenden?

Die neue soziale Frage zeichnet sich bereits eindeutig ab. Es geht um Ausschluss oder Einschluss in die (Arbeits)Gesellschaft. Dabei darf die derzeit offiziell tiefe Arbeitslosenquote nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl Unterbeschäftigter oder in prekären Arbeitsverhältnissen Tätiger stark im Zunehmen ist. Prekär sind unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse mit oft minimaler sozialer Sicherung. Eine Arbeit zu finden, in die Gesellschaft eingebunden, akzeptiert und geschätzt zu sein, ist nicht nur von ökonomischen Fakten abhängig. Ausbildung, Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion usw. entscheiden ebenso über den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung.

Zu den Lösungen

Die neue soziale Frage ruft nach Lösungen, die der Aussonderung wachsender Bevölkerungskreise entgegenwirken. *Sozialhilfe – und erst noch solche in zurück gebauter Form – ist kein nachhaltiger Ansatz für die Lösung struktureller Probleme.* Eine Beschränkung des Sozialstaats auf die Existenzsicherung genügt nicht.

Individuelle und gesellschaftliche Identität und Wertschätzung werden in der Zukunft nicht mehr allein über bezahlte Erwerbsarbeit erreichbar sein. Dies ist übrigens gar nicht so neu für die Menschheit. Der Wert der Erwerbsarbeit im heutigen Sinn begann sich erst nach der Reformation herauszubilden. Und noch lange war es ein Statussymbol der gesellschaftlichen Elite, nicht einer Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen: „Sit er öpper oder ziet dir Lohn?“. Der grundsätzliche Wert der Arbeit, unabhängig davon, ob sie bezahlt oder unbezahlt ist, muss im Blick auf die Zukunft neu diskutiert werden. Es wird kaum zu umgehen sein, dass *Soziale Sicherheit künftig wenigstens teilweise von der Erwerbsarbeit entkoppelt wird.*

von Produktivität und Löhnen“).

In einer Volkswirtschaft mit abnehmender Möglichkeit von bezahlter Erwerbsarbeit könnte die Schaffung eines bedingungslosen *Grundeinkommens* durchaus ein Lösungsweg für die Bewältigung der neuen Herausforderungen der Existenzsicherung darstellen. Allerdings ist er für viele Menschen noch undenkbar. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen. Gerade dieser Punkt müsste aber in Modellszenarien genau angeschaut werden. Es ist wahrscheinlich, dass so bei den bestehenden Sozialversicherungen, deren Aufgaben zu einem grossen Teil wegfallen würden, erhebliche Einsparungen möglich wären. Für die Schweiz könnte der Weg dagegen über *Ergänzungen der bestehenden Teil-Systeme* der sozialen Sicherheit wie zum Beispiel

- Ergänzungsleistungen für Familien,
- Zusatzleistungen für ältere Langzeitarbeitslose,
- spezielle Programme für Jugendliche usw.

geeigneter sein. Darüber muss endlich eine sozialpolitische Debatte geführt werden. Wie auch immer die Lösungen aussehen, dem sich anbahnenden Ausschlussprozess muss wirksam begegnet werden:

„Nur eine mehrheitlich als sozial gerecht empfundene Gesellschaft wird auf Dauer das notwendige Potenzial zur friedlichen Konfliktregelung und gewaltlosen Streitschlichtung zur Verfügung stellen können und die Integrationskraft aufweisen, die gerade moderne Gesellschaften in besonderem Masse benötigen.“

(Imbusch, Peter (2006). *Sozialpolitik und Friedenspolitik, Befunde, Herausforderungen, Perspektiven*, in: *Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich*, hrsg. von Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt. Zürich: Rotpunktverlag, S. 397)

Oder wie es in der Romandie formuliert worden ist:

„L'exclusion heurte l'idéal démocratique, emblème de la modernité, parce que les exclus ne sont pas simplement démunis, mais mis à l'écart. Et puis, l'exclusion désigne un phénomène sans lui donner un sens.“

(Rossini, Stéphane, Brigitte Favre-Baudraz (2004). *Les oubliés de la protection sociale*. Lausanne: Réalités sociales: S. 112 f.)

8044 Zürich, August 2006